



OFFENER BRIEF

Ständige Schuldzuweisungen gefährden das Vertrauen der Patient:innen

Ich beobachte seit geraumer Zeit mit Sorge und zunehmendem Unverständnis, wie in Österreich mit der Ärzteschaft und ihrer gesetzlichen Interessenvertretung umgegangen wird. „Damit muss Schluss sein!“

Zu lange Wartezeiten? Die Ärzt:innen sind schuld. **Zu wenige Kassenstellen?** Die Ärzt:innen sind schuld. **Immer mehr Wahlärzt:innen, die kurzerhand zum Sinnbild einer Zweiklassenmedizin erklärt werden?** Wieder die Ärzt:innen. **Zu niedrige Durchimpfungsraten?** Offenbar - während die eigentlichen Defizite bei der Impfstoffbestellung, Bereitstellung und Logistik in der öffentlichen Diskussion zu kurz kommen - ebenfalls die Ärzt:innen.

Es scheint mittlerweile zum gesundheitspolitischen Reflex geworden zu sein, Probleme unserer Gesundheitsversorgung zunächst bei der Ärzteschaft zu suchen und sie dafür verantwortlich zu machen.

Dabei lohnt sich gerade beim Thema Wahlärzt:innen ein genauerer Blick. Ausgerechnet jene Ärzt:innen, die zunehmend kritisch betrachtet werden, sind längst zu einer wesentlichen Stütze der niedergelassenen Versorgung geworden. Man sollte sich vielleicht einmal ernsthaft fragen, wie unsere medizinische Versorgung heute aussehen würde, wenn es sie nicht gäbe.

Alle Kassenärzt:innen gewährleisten tagtäglich den niederschweligen und flächendeckenden Zugang zur medizinischen Primärversorgung im ganzen Land. Sie erbringen eine enorme Versorgungsleistung unter zunehmend schwierigen, ja teilweise untauglichen Rahmenbedingungen.

1

Das trifft ganz besonders auch auf die Kolleg:innen in unseren Krankenhäusern zu. Viele von ihnen arbeiten längst an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Personalmangel, steigende Patientenzahlen, Nacht-, Wochenend- und Bereitschaftsdienste sowie die Verantwortung für schwer kranke Menschen verlangen ihnen Außergewöhnliches ab.

Kassenärzt:innen, Wahlärzt:innen, Spitalsärzt:innen, Pflegekräfte, Einsatzorganisationen, nichtärztliche Gesundheitsberufe, öffentliche und private Krankenanstalten – sie alle sind Teil eines gemeinsamen miteinander kommunizierenden Versorgungssystems. Sie gegeneinander auszuspielen, löst kein einziges seiner grundlegenden Probleme.

Wer übernimmt Verantwortung?

Wer hat unser Gesundheitssystem in den vergangenen Jahrzehnten geplant, finanziert und gestaltet? Wer hat die demografische Entwicklung, den steigenden medizinischen Bedarf und die absehbare Pensionierungswelle ausreichend berücksichtigt – oder eben nicht?

Wir stehen nicht mehr auf fünf Minuten vor zwölf. Wir stehen nicht einmal mehr unmittelbar vor der Wand. Wir sind längst dagegen gefahren und versuchen jetzt, die Folgen irgendwie aufzufangen!



Personelle Engpässe sind Realität. Die bevorstehenden Pensionierungen werden diese Situation weiter verschärfen. Gleichzeitig steigt der medizinische Versorgungsbedarf.

Und wenn wir dann als Ärztekammer auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen, werden wir zu Blockierern und Verhinderern abgestempelt. Ärztliche Kritik an Reformvorhaben ist nicht gleichbedeutend mit einer Blockade. Eine gesetzliche Interessenvertretung hat nicht nur das Recht, sondern die Verpflichtung, auf fachliche Probleme und mögliche Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Unser Gesundheitssystem braucht Verantwortung anstatt Sündenböcke. Aber auch die Ärztekammern müssen bereit sein, frühere Positionen selbstkritisch zu hinterfragen und aus möglichen Fehlern zu lernen.

Die gefährlichste Folge der Spaltung zwischen der Politik und der Ärzteschaft ist der Vertrauensverlust der Patient:innen.

Wenn Ärzt:innen öffentlich immer wieder pauschal als Verursacher von Versorgungsproblemen dargestellt werden, besteht die Gefahr, dass dadurch das Vertrauen in die medizinische Versorgung und letztlich in die behandelnden Ärzt:innen beschädigt wird. Dabei ist gerade dieses Vertrauen eine unverzichtbare Grundlage jeder guten medizinischen Behandlung. Wer Keile zwischen die Akteure unseres Gesundheitssystems treibt, sollte sich bewusst sein, dass am Ende nicht nur Institutionen und Berufsgruppen betroffen sind - sondern vor allem die Patient:innen.

Nebenbei ist es schon verwunderlich, dass mittlerweile aus den verschiedensten politischen Richtungen Ideen kommen, wie man etwa zu Lösungen kommen kann. Nur mit uns, die wir tagtäglich an der Basis - an den Patient:innen - ärztlich tätig sind, mit denen redet man diesbezüglich nicht.

Als Präsident der Ärztekammer für Kärnten bin ich jederzeit bereit, an tragfähigen Lösungen konstruktiv mitzuarbeiten. Aber ich werde nicht schweigend zusehen, wenn die Ärzteschaft pauschal diskreditiert oder für strukturelle Probleme verantwortlich gemacht wird, die sie nicht verursacht hat und auch alleine nicht lösen kann.

Wir Ärzt:innen sind keine Gegner einer modernen Gesundheitsversorgung. Wir sind diejenigen, die sie täglich leisten.

Was ich von allen Beteiligten erwarte, ist die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, Fehler einzugestehen, einander ernst zu nehmen und losgelöst vom föderalistischen Machtgeplänkel endlich gemeinsam zu handeln.

Es geht um die Gesundheit der Menschen - und die darf niemals zum Spielball politischer Interessen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Klagenfurt/WS, am 27. Oktober 2026